

Hans-Christoph Rauh und Peter Ruben

Überlegungen und Fakten zur demokratischen Reform philosophischer Institutionen in der ehemaligen DDR

Ohne Zweifel sind die staatlich finanzierten Einrichtungen philosophischer Lehre und Forschung in den vierzig Jahren der Existenz des kommunistischen Parteistaats auf deutschem Boden zu ideologischen Kampforganen gemacht worden, die namens der sogenannten "wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse" die parteikonforme Deutung der Entscheidungen einer Führungsgruppe zu betreiben hatten, welche sich nach dem 1930 endgültig realisierten stalinistischen Modell schließlich und endlich stets auf die Philosophie des Marxismus-Leninismus, den "dialektischen und historischen Materialismus", berief, sofern sie überhaupt ein Begründungsbedürfnis empfand. Ohne Zweifel ist diese Apotheose der Philosophie und Subordination der Philosophen mit der Hilfe von Fachvertretern durchgesetzt worden, die entweder der platonischen Idee einer Regierung durch Philosophen anhängen oder im System der hierarchischen Gliederung des Parteimonopols der SED ihre Einkommen sichernde Stelle suchten und fanden. "Parteibeschlüsse sind Wissenschaft", hieß es in einer Zwischenüberschrift eines Vortrags von Gerhard Harig zum Thema "Wesen und Entstehung der marxistischen Philosophie" im Frühjahr 1958 in Leipzig¹, womit exakt ausgedrückt wurde, was Aufgabe und Ziel der ideologisch-politischen Einpassung wenigstens der offiziell realisierbaren Philosophie war. Dieses Ziel ist mit derselben Gründlichkeit in der ehemaligen DDR erreicht worden, mit der auch der Verzehr der volkswirtschaftlichen Substanz betrieben worden ist. Letzteren haben die im Gefolge beständiger Konflikte schließlich herausselektierten "führenden Repräsentanten" der DDR-Philosophie ebenso nobel ignoriert wie die im Herbst 1989 abgehalfterte "Partei- und Staatsführung". So stehen sie nun vor einem Scherbenhaufen eigener Produktion, den sie verantworten müssen, wenn sie künftig noch als Gesprächspartner Geltung haben wollen.

Dies vorausgesetzt, möchten wir, die wir beide seit 1964 ein- und angestellte DDR-Philosophen sind, angesichts der mit der Herstellung der deutschen Einheit verbundenen Bewertungsprozesse der Wissenschaftseinrichtungen in der ehemaligen

¹ In: Forum 12(1958)20, wissenschaftliche Beilage, S. 1

DDR bemerken, dass weder das für die Gewinnung der Zukunft unerlässliche Urteil über die Vergangenheit der Wissenschaft in der DDR im Allgemeinen noch das über die Philosophie im Besonderen vernünftig gebildet werden kann, wenn das bare Faktum ignoriert wird, dass die Geschichte der DDR – wie die der sowjetischen Besatzungszone zuvor – Bestandteil der deutschen Nachkriegsgeschichte gewesen ist. Natürlich wird die gegenwärtige Praxis der Wissenschaftsreform in der ehemaligen DDR unter Voraussetzung des von der Volkskammer beschlossenen Beitritts zur Bundesrepublik und des Einigungsvertrags zu realisieren sein. Angesichts dieser Bedingung tritt leicht der Schein ein, den ein Konkursverfahren rechtens verbreitet: Ein durch inkompetente Unternehmensführung zugrunde gerichteter Betrieb wird aufgelöst und in seinen produktiv verwendbaren Teilen möglichst sozial verträglich dem Versuch der Reanimation unter neuen Führungen unterworfen. Allein, die DDR ist in Wahrheit nie ein wirklich eigenständiges Unternehmen gewesen, sondern das Produkt der Realisierung des Sieges der Anti-Hitlerkoalition über den deutschen Faschismus, das Resultat des Kalten Kriegs, der eben jetzt in Paris (KSZE) erst als endgültig beendet festgestellt worden ist.

Die Deutschen, die 1945 zufällig östlich der von den Sieger- und Besatzungsmächten deklarierten Demarkationslinie wohnten, sind mit Existenzbedingungen konfrontiert worden, die 1933 in Deutschland selbst gesetzt wurden, als man die "nationale Revolution" betrieb oder geschehen ließ. Wer A sagt, muss auch B sagen, weiß der gewöhnliche Verstand. Und dasjenige B, das für einen Teil der Deutschen "sowjetische Besatzungszone" und "Deutsche Demokratische Republik" hieß, hatte im A der "nationalen Revolution" von 1933 seine direkte historische Ursache. Die wirkliche Aufhebung des Erbes der ehemaligen DDR ist daher eine nationale Angelegenheit aller Deutschen, derjenigen sowohl, die die DDR wollten und verteidigten, als auch derjenigen, die mit ihr den Grundlagenvertrag schlossen und Geschäfte machten. Wer in der Tat die nationale Einheit der Deutschen will, kann in der ehemaligen DDR nicht einfach ein marodes Unternehmen sehen, das als fremdes Eigentum auf dem Markt angeboten wird, sondern ist in ihr mit seiner eigenen, eben der deutschen Nachkriegsgeschichte konfrontiert, die im deutschen Faschismus ihre Voraussetzung hat. Die nun von unseren Nachbarn und von den Weltmächten goutierte deutsche Einheit wird von uns selbst nur sinnvoll verwirklicht werden können, wenn wir diesen historischen Zusammenhang keinen Augenblick aus dem Auge verlieren.

Diese Sicht schließt die Anforderung ein, die in der ehemaligen DDR selbst entwickelten demokratischen Potenzen, deren Realisierung den Einigungsvertrag ja erst möglich gemacht hat, sorgfältig in Rechnung zu stellen, Dazu ist Information und Kenntnisnahme nötig. Und dies mit Blick auf die DDR-Philosophie zu vermitteln, ist

unser weiteres Anliegen. Wir reagieren damit natürlich auch auf die im deutschen Westen geführte Debatte, deren Problemstellung Karl-Heinz Heinemann zusammengefasst hat, als er dem Vorsitzenden des Wissenschaftsrats die Frage stellte: "Werden die Hochschulen und Institute in der DDR in der Lage sein, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen oder brauchen sie Hilfe von außen?"² Wir ignorieren das Bild vom "Sumpf", das gewiss die Folgelasten des von Deutschland verursachten Zweiten Weltkriegs verzeichnet, und berichten einfach, was in der ehemaligen DDR selbst bisher getan worden ist, um die Bedingungen philosophischer Lehre und Forschung einer demokratisch verfassten Gesellschaft entsprechend zu gestalten.

Die erste Feststellung besteht darin zu vergegenwärtigen, dass die Wissenschaft Philosophie mit dem Tun offiziell bestellter bzw. sogenannter "führender" Repräsentanten dieses Fachs an unseren philosophischen Einrichtungen nicht notwendig zusammenfällt. Wie überall hat sich auch in der ehemaligen DDR die Philosophie mit jeder neuen Studentengeneration reproduziert und darin a priori das Konfliktpotential erhalten, ohne dass Philosophie nie betrieben worden ist. Die Geschichte der DDR-Philosophie ist in einem die der positiven Selektion des "Reisekadets" und der negativen Selektion derjenigen, die den Anforderungen der SED-Parteiführung, in mehr als dreißig Jahren von Kurt Hager formuliert und exekutiert durch die Abteilung Wissenschaften des Zentralkomitees der SED, nicht entsprachen. Die Geschichte der DDR-Philosophie ist in einem die der Lobreden auf die Weisheit der Parteiführung *und* die der Verurteilung von "Revisionisten" und sonst in Ungnade Geratenen.

Man kann die DDR-Philosophie ohne die Wahrnehmung dieses beständigen Konflikts nicht angemessen verstehen. Je nach den bestehenden politischen Lagen hat er sich verschieden dargestellt, in den fünfziger Jahren etwa in drakonischen Zuchthausstrafen selbst für Studenten, später etwas sanfter durch Isolierung und Ausschluss öffentlicher Wirksamkeit. Aber er ist stets virulent geblieben und für jede und jeden, die und der sich der Philosophie verschrieb, Bedingung für die Kalkulation des eigenen Handelns. Und sehr wohl sind Situationen eingetreten, in denen sich in Konflikt geratene Philosophen angesichts der erwarteten Dauerhaftigkeit der deutschen Teilung entschlossen haben, fürderhin keinen aussichtslosen Streit mehr zu wagen und sich in ausbaufähigen Nischen der wissenschaftlichen Produktion zu widmen, darin dem Kaiser gebend, was des Kaisers war (die Überzeugung nämlich von Geltung seiner "historischen Mission"). Solche Nischen fanden sich auch in der philosophischen Lehre, insbesondere in der Philosophiegeschichte.

Das stets vorhandene, weil unvermeidlich reproduzierte Konfliktpotential ist nach der 1980 bis 1982 angesichts der Entwicklung in Polen absolvierten Revisionsmus-Attacke erneut durch Gorbatschows Perestrojka-Politik mobilisiert worden, um

² In: Frankfurter Rundschau vom 6. September 1990, S. 9

sodann auf Grund des "Sputnik"-Verbots zu einem neuen Eklat zu führen: Die SED-Parteiorganisation des Zentralinstituts für Philosophie an der damaligen Akademie der Wissenschaften wandte sich – im Verein mit anderen – gegen diesen absurden Schritt Honeckers, Herrmanns und Hagers. Als dann im August und September 1989 der Flüchtlingsstrom mit dem parteioffiziellen Kommentar versehen wurde, keiner der Abtrünnigen und "Verräter" wäre zu bedauern, lief das Fass über. Vor allem jüngere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter forderten die Annahme einer Resolution – noch immer im Rahmen der SED-Parteiorganisation –, mit der die Ablehnung des Kurses der Parteiführung entschieden zum Ausdruck gebracht werden sollte. Zu dieser Zeit wiegelten die offiziellen Repräsentanten, gänzlich befangen im historischen Taumel der Vorbereitung des 40. Jahrestages der DDR, noch alles ab. Sie waren zudem mit der Ausrichtung des Philosophie-Kongresses befasst, der anfangs November 1989 nochmals das Bild von der heilen Welt wenigstens nach außen vorstellen sollte. Außerdem konnten sie nicht sicher sein, ob die Führung nicht doch die chinesische Karte ziehen würde mit Folgen, die die Älteren seit 1956 sehr gut kannten. Jener letzte DDR-Philosophie-Kongress endete kläglich mit dem allzu verspäteten "Bekanntnis", die Philosophie wäre zur bloßen "Magd der Politik" verkommen.

Die unvorhergesehene Öffnung der Mauer am 9. November 1989 änderte auch für die Philosophen radikal die Lage. Die jüngeren Vertreter bereiteten mit Hingabe ihr Forum als Gegenveranstaltung zum Philosophie-Kongress vor, die älteren entschlossen sich, jeder auf seine Weise, angesichts der klar erkennbaren Endphase der DDR die bereits längst realisierten Initiativen der jüngeren aufzugreifen, die samt und sonders darauf hinausliefen, die die Person in Studium, Lehre und Forschung entmündigenden abstrusen Vorschriften des politikkommissarischen Universitäts- und Akademie-Apparats sowie die hierarchische Struktur geisteswissenschaftlicher Arbeit überhaupt zu beseitigen. Diese Vorschriften bedeuteten z. B., dass kein Mitarbeiter einer Universität oder der Akademie souverän seinen Postverkehr mit wem auch immer betreiben konnte; diese Struktur bedeutete z. B., dass kein Mitarbeiter selbständig Publikations- oder Vortragsabsichten verwirklichen durfte, dass seine Graduiierungsinteressen in ihrer Realisierung von für 5 Jahre vorgegebenen zentralen Forschungsplänen oder von der Gnade der Vorgesetzten abhängig waren, daher auf Jahre hinaus verzögert oder auch gänzlich unterbunden werden konnten. Mit dem Verschwinden des Parteiapparats an jeder philosophischen Einrichtung war der Damm gebrochen. Und im Januar 1990 ergriff die Parteiaustrittswelle auch jene, die früher frommen Gemüts keine höhere Ehre kannten als die, folgsame ideologische Parteisoldaten an der "philosophischen Front des Klassenkampfes" zu sein. Die Parteiorganisation des Zentralinstituts für Philosophie selbst setzte u. a. eine Kommission ein, um die Rechtmäßigkeit der 1981 be-

triebenen Ausschlüsse von Philosophen zu prüfen – und als statutenwidrig zu beurteilen, was noch im November 1989 von den Akteuren jener Kampagne bestritten wurde. Ähnliche Rehabilitierungen gemäßregelter Philosophen fanden auch anderwärts statt. Auf diese Weise waren im Februar 1990 die langjährigen Existenzbedingungen der an der Akademie betriebenen DDR-Philosophie endgültig aufgelöst, das Korsett des Partei-, Staats- und Sicherheitsapparats zerbrochen, ohne das offizielle "marxistisch-leninistische Philosophie" nicht ist. Ihre diversen Räte, Leitungs- und Führungsgremien lösten sich auf jammervollste Weise einfach auf, da letztlich niemand mehr an ihrer Weiterexistenz und Entscheidungsfindung interessiert war, von ihrem demokratisch gänzlich illegitimen Dasein ganz zu schweigen.

Am Zentralinstitut für Philosophie wurde am 9. Februar 1990 ein Wissenschaftlicher Rat gewählt, der die Kompetenz für die Führung der wissenschaftlichen Produktion bei voller Wahrung der persönlichen Verantwortung der Wissenschaftler haben sollte wie auch das Vorschlagsrecht in Bezug auf die Besetzung der Leitungsfunktionen. Nach durchaus kontroverser Debatte wurde Einigkeit darüber erzielt, dass alle wissenschaftlichen Mitarbeiter aktives Wahlrecht, allein die promovierten Mitarbeiter auch das passive Wahlrecht haben sollten. So ist denn auch verfahren worden, und der auf diese Weise gebildete Wissenschaftliche Rat wählte Prof. Hermann Klenner, der mit Abstand die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte, zu seinem Vorsitzenden. Er kennt die Mysterien einer parteibürokratisch subordinierten Wissenschaft aus eigenem Erleben 1958 und 1968 speziell und fühlt sich mit dem Zentralinstitut für Philosophie verbunden, weil es ihm nach diesen "Erfahrungen" die Möglichkeit wissenschaftlicher Produktion bot (eine Möglichkeit übrigens, die auch Herbert Crüger erhielt, der 1958 zu einer Zuchthausstrafe verurteilt worden war). Jetzt hat die Humboldt-Universität Hermann Klenner rehabilitiert.

Harald Fritzschs Frage: "Wohin mit den SED-Professoren?"³, ist am Zentralinstitut für Philosophie jedenfalls von Professor Manfred Buhr, Direktor dieses Instituts seit der sogenannten Akademiereform, beantwortet worden, ehe der *Spiegel* sie veröffentlichte: Abberufung von der Direktion des Instituts! Die entscheidende wissenschaftsorganisatorische Frage in dieser Forschungseinrichtung bestand nicht darin, ob Repräsentanten des alten Systems gehen, sondern darin, durch wen sie ersetzt werden könnten. Der Anfang März an der Akademie endgültig konstituierte Runde Tisch (Vorsitzender wurde Hermann Klenner) hatte gefordert, dass alle Direktoren und Leiter sich einer Vertrauensabstimmung unterwerfen sollten. Diese Forderung brauchte am Zentralinstitut für Philosophie nicht erfüllt zu werden, weil der Direktor dem Wissenschaftlichen Rat seine Abberufungsabsicht mitgeteilt hatte. Und da im Sinne des basis-

³ In: Der Spiegel 44(1990)30, S. 138

demokratischen Aufbruchs am Institut der gewählte Wissenschaftliche Rat das Vorschlagsrecht von niemandem bestritten in Anspruch nahm, war eben nicht Harald Fritzschs Frage die wesentliche, sondern die nach dem neuen Kandidaten.

In einer ganz ähnlichen (offensichtlich aber noch keineswegs abgeschlossenen und auch sehr unterschiedlichen) Weise vollziehen sich seit gut einem Jahr demokratische Umgestaltungen der philosophischen Sektionen bzw. Institute an den ehemaligen DDR-Universitäten: Berlin, Leipzig, Halle, Jena, Dresden und Greifswald, umfassend eingebunden in nunmehr zunehmend landesspezifisch verlaufenden Erneuerungen dieser Universitäten als Ganzes. Parallel zum schon angedeuteten Zerfall der polit-ideologischen Leiteinrichtungen philosophischer Arbeit in der DDR führte die vollständige Auflösung der für das sog. "gesellschaftswissenschaftliche Grundlagenstudium" verantwortlichen Sektionen für Marxismus-Leninismus mit ihrem dogmatisch-trivialisierten "Philosophieanteilen" zu einer ersten bedeutsamen Befreiung der traditionsreichen *Universitätsphilosophie* von ideologisch-sektiererischer Umklammerung und politischer Bevormundung. Insbesondere zerfiel die entscheidende politikkommissarische Instanz des Prorektors für Gesellschaftswissenschaften, unmittelbar unterstellt der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED (Hager, Hörnig/Schirmer), und es kam zur Wiederbe-gründung eigenständiger Philosophischer Fakultäten bzw. geisteswissenschaftlicher Fachbereiche, in denen die universitätsphilosophischen Institute nunmehr ohne die ihnen 1968 infolge der Ulbricht-Hagerschen III. Hochschulreform übergestülpten "marxistisch-leninistischen" Einengungen fast aller ihrer Lehrgebiete und Lehrstühle wieder entstehen konnten. Sichtbarster Ausdruck dieser Selbstbefreiung und demokratischen Erneuerung war u. a. der Versuch der Formierung eines nunmehr eigenständig agierenden Arbeitskreises "Universitätsphilosophie" der oben genannten vormaligen DDR-Universitäten (unter Leitung von H.-M. Gerlach und einem der Mitautoren des vorliegenden Berichts) mit dem erklärten Ziel, u. a. auch die vorangegangene jahrzehntelange Dominanz durch die Philosophischen Institute der Partei-Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED sowie auch der Akademie der Wissenschaften der DDR insbesondere auf dem Gebiet der philosophischen Forschung, der Publikations- und Reisemöglichkeiten abzubauen.

Vor allem ging und geht es aber um den vollständigen Abbau aller jener pseudo-wissenschaftlichen (philosophiegeschichtlich "hergeleiteten", wie philosophisch-systematisch "begründeten") ideologisierten Ansprüche auf massenhafte Propagierung einer angeblich allein "wahren" und "allmächtigen" Weltanschauungslehre, die Philosophie unter Verlust ihres eigentlich pluralen Dialog- und Diskurscharakters schließlich zur rein ideologischen Lehrdogmatik mit pseudoreligiösen Bekenntnischarakter entarten ließ. Dogmatisch-sektiererische Schubfächer und ideologisch-ausgrenzende Reduktio-

nismen wie "Idealismus", "spätbürgerlich" oder "Revisionismus" hatten zu einer erschreckenden philosophischen Verarmung, Isolation und Provinzialisierung auf dem Gebiet der Philosophie geführt. Das tatsächliche, vom großen philosophischen Erbe in seiner Gesamtheit *wie* aktuellen gesamtdeutschen, europäischen und weltweiten Breite und Vielgestaltigkeit zunehmend abgekoppelte (allein schon "geregelt" durch einen ideologisch strengstens reglementierten philosophischen Literaturtransfer) Philosophieverständnis wurde insbesondere in sog. philosophischen Weiterbildungskursen gewissermaßen "klassikerzitatenteilweise" zur politischen Parteitage- bzw. Tageslegitimation verkürzt und entstellt. Dies alles führte schließlich zu einer ebenso verflachten wie unvermittelten Ineinsetzung der Philosophie mit der Politik und Ideologie, zur Deklaration der Philosophie als offizieller "Parteiphilosophie" mit Anspruch auf ein widersinniges und immer unerträglicher werdendes Geltungsmonopol, in dessen Folge Philosophie tatsächlich zur ideologischen Magd von Politik verkam. Neben der generellen ideologisch-pejorativen Abwertung aller nur denkbaren "nicht-marxistischen" Philosophien als "vor-", "früh-" oder "spätbürgerlich", als "klassenfeindlich", "krisenhaft-reaktionär", "revisionistisch" oder "konterrevolutionär", angeklagt des "Verzichts auf Fortschritt, Geschichte, Erkenntnis und Wahrheit" (M. Buhr), war es vor allem die periodisch immer wiederkehrende Ausgrenzung und Verurteilung eigenständiger philosophischer Denkansätze in unserem Lande, die von Bloch und Lukács bis zu Havemann und Ruben reichten.

Eine wirklich demokratische Erneuerung bzw. Reform unserer philosophischen Einrichtungen, insbesondere der der Universitäten, auf die sich ohne Frage der Schwerpunkt der philosophischen Arbeit (als unabdingbare Einheit von Forschung, Lehre und Studium) in den neuen Bundesländern verlagern wird, kann natürlich ohne eine personelle und fachphilosophische Umstrukturierung (unter Voraussetzung einer Evaluierung) ganz sicher nicht erfolgreich von statten gehen. Das sollte sich aber u. E. bei Wahrung der nun endlich errungenen Autonomie der ehemaligen DDR-Universitäten, ihrer Fakultäten und einzelnen Institute in echter Kooperation mit den leistungsfähigen Wissenschaftlern vollziehen. Die nach allen Vorruhestandsregelungen oder sonstigen Umsetzungen noch verbleibende philosophische Hochschullehrerschaft muss bei auch sachgerechter Leistungsanalyse selbstverständlich die Möglichkeit eines Neubeginns haben. Das sollte bei weiterer Ausgestaltung eines eigenständigen Philosophie-Magisterstudienganges sowie einer Wirksamkeit von Philosophie im Rahmen eines fakultätsübergreifenden Studium generale an unseren Universitäten und Hochschulen neben Berufungen aus den Altbundesländern auch die Einstellung an der philosophischen Lehre interessierter und befähigter ehemaliger "Akademie-Philosophen" einschließen.

Natürlich wissen wir sehr genau, dass die im Zentralinstitut für Philosophie wie in den philosophischen Einrichtungen des Hochschulwesens im Frühjahr 1990 bestehende Situation durchaus lokal und konkret bestimmt gewesen ist, keine Generalisierung des Urteils erlaubt. Je nach der besonderen personellen Zusammensetzung und der vorangegangenen Entwicklung einer Wissenschaftseinrichtung verläuft der Versuch, demokratische Reformen durchzusetzen, verschieden, wird er unterschiedliche Ergebnisse haben. Ist er zugleich an die Frage nach der bloßen Existenz einer solchen Einrichtung gebunden, droht also die Gefahr der Arbeitslosigkeit, kann der basisdemokratische Aufbruch auch das Resultat haben, dass dann oftmals Vertreter des sogenannten "Reisekadets", langjährige Exekutoren kommunistischer Wissenschaftspolitik gerade deshalb Vertrauensabstimmungen gewinnen, weil ihnen zugetraut wird, die in ihrer tradierten Monopolstellung erlangten Beziehungen zum Erhalt ihrer Einrichtungen nutzen zu können, womit es durchaus zu einer Verzögerung oder gar Unterbrechung der Erneuerung kommt. Das kann niemand überraschen, der sich mit der Geschichte der Demokratie befasst hat. Im Zentralinstitut für Philosophie war jedenfalls im Frühjahr 1990 klar, dass der bisherige Direktor spätestens im Mai seinen Posten quittieren wollte. Damit hatte er dazu beigetragen, dass die demokratische Reform an diesem Institut ohne Inszenierung lautstarker Querelen in einer durchaus zivilisierten Form absolviert werden konnte.

Der weitere Gang der Ereignisse am philosophischen Institut der ehemaligen DDR-Wissenschaftsakademie ist ohne Rückgriff auf die gegen einen der Autoren 1980/81 realisierte Revisionismus-Attacke nicht zu verstehen. Diese soll hier nicht weiter dargestellt werden.⁴ Was jedoch festgehalten werden muss, ist der für die demokratische Reform konkret wichtige Umstand, dass eben jener Angriff, der zunächst jahrelange Isolation bedeutet hat, durch den Herbst 1989 sozusagen als langfristige Investition in die Realisierbarkeit einer Alternative determiniert worden ist. Diese – fast möchte man sagen – "List der Vernunft" ist wiederum durch die jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Zentralinstituts für Philosophie verwirklicht worden, die anlässlich des letzten DDR-Philosophie-Kongresses auf gewisse "Leichen im Keller" verwiesen haben, derer man sich erinnern sollte, zumal sie in der Tat noch lebten. Die Folge dieser Erinnerung ist die Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungskommission zu den arbeitsrechtlichen Konsequenzen der damaligen Attacke gewesen, deren Ergebnisse am 7. Mai 1990 in einer Mitarbeitervollversammlung einschließlich der Betroffenen, die damals vom Institut gehen mussten, präsentiert worden sind. Die widerspruchslos akzeptierte Konsequenz der Kommission hat darin bestanden, allen vom

⁴ Die Darstellung wird zur Publikation vorbereitet. – Anm. 2005: Es handelt sich um die vom Wissenschaftlichen Rat des ZIPh beschlossene und von H.-C. Rauh edierte Sammlung "Gefesselter Widerspruch. Die Affäre um Peter Ruben". Berlin: Dietz Verlag 1991

Institut 1981 verwiesenen Mitarbeitern die Chance zu geben, ihren ehemaligen Arbeitsplatz wieder einzunehmen. Zugleich hat der Bericht dieser Untersuchungskommission dazu geführt, dass nunmehr, also fast zehn Jahre nach den fraglichen Vorgängen, für alle anhand der jetzt zur Verfügung stehenden Akten klar geworden ist, was damals tatsächlich geschehen ist, nicht etwa der anarchisch freche Angriff auf die notwendige Ordnung, sondern die gezielte Domestikation in Abwehr gegen imaginierte polnische Effekte innerhalb der DDR-Philosophie.

Die Arbeit der unabhängigen Untersuchungskommission, die von Frau Dr. Ursula Goldenbaum geleitet worden ist, hat wesentlich dazu beigetragen, dass am Tage ihres Berichts der Wissenschaftliche Rat des Instituts mit 16 von 18 Stimmen den Vorschlag beschlossen hat, einen der Autoren als neuen Institutsdirektor dem Akademie-Präsidenten zur Ernennung zu empfehlen. Diese Ernennung ist am 18. Juni 1990 rückwirkend zum 1. Juni mitgeteilt worden. Und damit ist der Weg auch für die personelle Erneuerung der Leitung des philosophischen Instituts freigemacht worden. Als der *Spiegel* Harald Fritzsche seinen Brief publiziert und mit der Titelfrage "Wohin mit den SED-Professoren?" versehen hat, ist im Zentralinstitut für Philosophie die Beantwortung dieser Frage bereits mit der nach der Verordnung vom 8. Februar 1990 möglichen Antwort entschieden worden: In den Vorruhestand. Diese Entscheidung haben Manfred Buhr, Rolf Kirchoff, Wolfgang Eichhorn und Götz Redlow in eigener Verantwortung getroffen und damit eben das getan, was Verantwortliche eines gescheiterten Unternehmens in zivilisierten Verhältnissen normalerweise tun. Dass dies faktisch möglich geworden ist, ist selbstverständlich Verdienst der demokratischen Bewegung in der ehemaligen DDR. Dennoch ist der persönliche Respekt denen nicht zu versagen, die, wenn es Zeit ist, die praktisch angemessene Konsequenz aus den Ergebnissen des eigenen Tuns ziehen.

Mit der Übertragung der Aufgabe an den Wissenschaftsrat, durch eine Evaluation der Institute der ehemaligen DDR-Wissenschaftsakademie wie der Universitäten Voraussetzungen für eine Neuordnung des vorhandenen ostdeutschen Wissenschaftspotentials zu schaffen, ist die weitere demokratische Selbstbestimmung an diesen Einrichtungen u. E. de facto zum Erliegen gekommen. Die deutsche Vereinigung hat die Initiative in die Hände der Wissenschaftspolitik gelegt, die ihrerseits alle weiteren Veränderungen von den Ergebnissen der Evaluation abhängig macht. Da dies die Folge der Wahlergebnisse vom 18. März 1990 ist, bleibt nur zu hoffen, dass Evaluatoren wie Wissenschaftspolitiker die in der demokratischen Reform gelegten Keime künftiger Wissenschaftsverfassung im deutschen Osten wahrnehmen werden, um sie in Kooperation mit den betroffenen Wissenschaftlern selbst im Interesse wissenschaftlicher Produktivität wachsen und gedeihen zu lassen. Dies Interesse verbindet uns alle. Jedes Sonderinteresse impliziert erneut Trennung und Gegensatz.